

Der deutsch-sowjetische Krieg 1941–1945

Geschichte und Erinnerung

Herausgegeben von
Jürgen Zarusky und
Sybille Steinbacher

Dachauer Symposien

zur Zeitgeschichte

Wallstein



Der deutsch-sowjetische Krieg 1941–1945

Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte

Bd. 18

Herausgegeben im Auftrag der Stadt Dachau
und des Max-Mannheimer-Hauses. Studienzentrum
und Internationales Jugendgästehaus
von Sybille Steinbacher

Der deutsch-sowjetische Krieg

1941–1945

Geschichte und Erinnerung

Herausgegeben von
Jürgen Zarusky (†) und Sybille Steinbacher



WALLSTEIN VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2020
www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlagkonzept: Basta Werbeagentur, Steffi Riemann

ISBN (Print) 978-3-8353-3564-6
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4418-1

INHALT

JÜRGEN ZARUSKY UND SYBILLE STEINBACHER
Editorial 7

JÜRGEN ZARUSKY
Sowjetische Opfer von Krieg und nationalsozialistischer
Verfolgung in der bundesdeutschen Erinnerungskultur. 14

I. Internationale Voraussetzungen und Grundzüge des deutsch-sowjetischen Verhältnisses

SERGEJ SLUTSCH
Deutschland und die UdSSR 1933-1941.
Vom kalten Frieden zum geplanten Krieg 39

DIETER POHL
Der Platz des deutsch-sowjetischen Krieges im Zweiten Weltkrieg 63

II. Die Rolle der Wehrmacht und die Schicksale der sowjetischen Kriegsgefangenen

ANDREAS HILGER
Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam.
Schicksalsklärung und Forschungsfragen 79

GABRIELE HAMMERMANN
Der Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen
auf dem SS-Schießplatz Hebertshausen. 101

III. Sowjetische Besatzungserfahrungen

YULIYA VON SAAL
Kriegskindheiten in der besetzten Sowjetunion.
Grunderfahrungen einer heterogenen Generation 131

NATALIA TIMOFEEVA

Krieg und Besatzung im Gebiet Woronesch.
Erfahrungsgeschichtliche Perspektiven 160

BERT HOPPE

Von Nachbarn zu Ausgestoßenen.
Das Verhältnis von Nicht-Juden und Juden
in den besetzten sowjetischen Gebieten 179

IV. Brüche und Umbrüche der Erinnerung

BARBARA DISTEL

Sowjetische KZ-Häftlinge.
Begegnungen mit einer lange vergessenen Opfergruppe 201

PETER JAHN

Die »Entdeckung« des Vernichtungskrieges im Osten.
Deutsche Erinnerung seit den achtziger Jahren 213

GRZEGORZ ROSSOLIŃSKI-LIEBE

Formen kollektiver Erinnerungen an den Holocaust
und den Zweiten Weltkrieg in der Ukraine 228

CHRISTINA WINKLER

Friedliche Sowjetbürger oder Opfer des Holocaust?
Die zerrissene Erinnerung an Krieg und Holocaust
im heutigen Russland 248

*V. Erinnerungen an den deutsch-sowjetischen Krieg
und die aktuellen Beziehungen
zwischen Deutschland und Russland*

Irina Scherbakowa im Gespräch
mit Sybille Steinbacher und Jürgen Zarusky 271

Abkürzungsverzeichnis der Archive 281

Autorinnen und Autoren 282

Editorial

Zahllose Kriegerdenkmäler hierzulande tragen die Namen vieler Männer, die »im Osten gefallen« oder »vermisst« sind.¹ Andere Kriegsschauplätze stehen mit Blick auf die Anzahl der Betrauten weit dahinter zurück. Doch bleiben die Denkmäler, die an den deutsch-sowjetischen Krieg erinnern, auf eine eigenartige Weise stumm. Viele von ihnen wurden schon für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs errichtet und später einfach erweitert. Oft bedienen sie sich einer Symbolik, die tief im 19. Jahrhundert wurzelt. Sie sagen uns nicht mehr, als dass dort »im Osten« viele Männer im Kampf gestorben sind. Über Ursachen, Entwicklung und Folgen des Kriegs verraten sie hingegen nichts. Diese Stummheit ist bezeichnend für die Haltung, die jahrzehntelang in Deutschland vorherrschend war, wenn es um den deutsch-sowjetischen Krieg ging. Sie drückt sich sogar noch in dem Denkmal aus, das auf Initiative deutscher KZ-Überlebender am ehemaligen SS-Schießplatz Hebertshausen in unmittelbarer Nähe des einstigen Konzentrationslagers Dachau 1964 zur Erinnerung an die dort von der SS ermordeten rund 4.000 sowjetischen Kriegsgefangenen errichtet wurde. Das Denkmal geht auf die Herkunft der Ermordeten nicht ein, es ist nur allgemein von Kriegsgefangenen die Rede. Rotarmisten als Opfer des NS-Terrors zu benennen, lag in der Bundesrepublik der sechziger Jahre offenkundig noch außerhalb der Grenzen des Sagbaren.

Es hat Jahrzehnte gedauert, bis an diesem Schauplatz des Massenmords ein würdiger Gedenkort entstanden ist. Barbara Distel hat sich als Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau dafür intensiv eingesetzt, später übernahm das ihre Nachfolgerin Gabriele Hammermann.² Die Mordstätte in Hebertshausen und das Konzentrationslager Dachau, wo zwischen 1941 und 1945 über 25.000 Bürger der Sowjetunion für kürzere oder längere Zeit inhaftiert waren, sind Orte, die einen festen Platz auf der historischen Landkarte des gegen die Sowjetunion und ihre Bevölkerung geführten Vernichtungs- und Versklavungskrieges haben. Max Mannheimer, Holocaust-Überlebender und langjähriger Präsident der Lagergemeinschaft Dachau, hat das viele Male thematisiert, ebenso

sein Nachfolger in diesem Amt, Ernst Grube, der seine Befreiung in Theresienstadt der Roten Armee verdankt. Man ist also sicherlich am richtigen Ort, wenn man in Dachau den deutsch-sowjetischen Krieg in Geschichte und Erinnerung thematisiert.

Und dies zu tun ist gewiss auch notwendig, nicht nur in Dachau. Denn das jahrzehntelange Schweigen im Westen Deutschlands wie auch die Tatsache, dass in der Sowjetunion die Geschichte des Krieges in ein den Herrschaftsinteressen der Kommunistischen Partei dienliches ideologisches Schema gepresst wurde, mit entsprechenden Auswirkungen auf die DDR – all das hat zur Folge, dass dieser Krieg und vor allem das, was er für die betroffenen Menschen bedeutete, bis heute keinen angemessenen Platz in unserem historischen Bewusstsein hat. Das gilt für Deutschland wie für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, wenn auch auf unterschiedliche Weise.

Auf eine Feststellung sei in diesem Zusammenhang besonders Wert gelegt: In Deutschland ist es seit einigen Jahren Mode, sich der Erfolge bei der sogenannten Vergangenheitsbewältigung zu rühmen. Es ist sicherlich nicht abzustreiten, dass hier manches erreicht worden ist, aber die Selbstzufriedenheit, die hier nicht selten aufscheint, ist gänzlich unangebracht. Als Glasnost und Perestrojka die Sowjetunion und damit auch den Blick auf sie veränderten und als sich kurz nach der in hohem Maße der Politik Michail Gorbatschovs zu verdankenden deutschen Wiedervereinigung am 22. Juni 1991 der deutsche Angriff auf die Sowjetunion zum fünfzigsten Mal jährte, gab es eine, allerdings nicht allzu große Welle von Veranstaltungen, Ausstellungen und Publikationen. Sie wirkte den alten Verdrängungsschemata entgegen, die der einstige Pastor der Bekennenden Kirche und spätere SPD-Politiker Heinrich Albertz 1981 mit den Worten charakterisiert hatte: »Wir leben ja in der Bundesrepublik Deutschland in einer merkwürdigen Vergesslichkeit. Manchmal habe ich den Eindruck, als hätte 1941 die Sowjetunion das Deutsche Reich überfallen und nicht umgekehrt.«³ Spätestens seit den großen Auseinandersetzungen um die sogenannte Wehrmachtsausstellung in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hat sich dann doch die Einsicht verbreitet, dass dem nicht so war. Wie begrenzt diese Einsicht allerdings ist, wird etwa an der seither oft zu vernehmenden Formel deutlich, die Wehrmacht habe am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfallen, so als ob sie ganz eigenständig agiert habe und es nur um das Militär gehe. Das ist freilich entschieden zu kurz gegriffen.

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion war der Start für ein denkbar groß angelegtes Projekt, de facto das politische Kernprojekt Hitlers. Der deutsch-sowjetische Krieg war die gewaltigste und die opferreichste

Konfrontation des Zweiten Weltkriegs. Hitlers Vernichtungskrieg hatte nicht nur die Zerstörung der politischen und militärischen Strukturen der Sowjetunion zum Ziel, sondern vor allem auch die »Eroberung von Lebensraum«, und das hieß: die Vernichtung, Versklavung oder Vertreibung der sowjetischen Bevölkerung. Insgesamt rund 27 Millionen sowjetische Bürger, darunter mehr als die Hälfte Zivilisten, wurden Opfer dieses verbrecherischen Feldzugs, mit dem auch der Holocaust einsetzte. Etwa 1.700 Städte und 70.000 Dörfer wurden von den deutschen Truppen und ihren Verbündeten auf dem Vormarsch »nach Osten« zerstört.

Die Debatte um die »Wehrmachtsausstellung« hat Mitte der neunziger Jahre wichtige Forschungsprojekte über den deutsch-sowjetischen Krieg angestoßen. Aber dieser Forschungsschub war keineswegs erschöpfend. Überwiegend galt er dem ersten Kriegsjahr und bewegte sich im Rahmen deutscher Täterforschung. Und es ist auch nicht zu verkennen, dass der Elan inzwischen deutlich abgeebbt ist. Wir wissen heute zwar mehr als vor zwanzig Jahren, aber davon, dass die Thematik »ausgeforscht« sei – ohnehin ein merkwürdiges Wort –, kann keineswegs die Rede sein. Dementsprechend bewegt sich das gesellschaftliche Bewusstsein in Deutschland nicht auf einem Niveau, das das wohlige Gefühl, es »geschafft« zu haben, mit der Vergangenheit umzugehen, rechtfertigen würde, im Gegenteil: Wenn Hitlers Kernprojekt und seine Folgen für die davon betroffenen Menschen bislang allenfalls fragmentarisch im historischen Bewusstsein präsent sind, dann gibt es für eine Gesellschaft, die – jedenfalls in ihrer weit überwiegenden Mehrheit – den Anspruch erhebt, Verantwortung für die Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur zu übernehmen, noch viel zu tun. An allen politischen Brennpunkten, vor allem in der östlichen Hälfte Europas, ist zu beobachten, dass geschichtspolitische Identitätskonstruktionen und Konfrontationen Bestandteil und manchmal auch Treibstoff von Konflikten sind. Aber nicht nur solcher Instrumentalisierung von Geschichte gilt es mittels eines wissenschaftlich seriösen und internationalen Dialogs entgegenzuwirken. Es geht auch darum, Wissen und Bewusstsein für die Erfahrung der Anderen zu erarbeiten. Das ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenleben auf unserem Kontinent.

Die hier versammelten Beiträge behandeln einige Kernaspekte der Geschichte des deutsch-sowjetischen Krieges und des gedenkpolitischen Umgangs damit. Den Auftakt setzt ein einführender Text von Jürgen Zarusky über die sowjetischen Opfer des Krieges und der nationalsozialistischen Verfolgung in der westdeutschen Erinnerungskultur. Bis in die Endphase des Kalten Krieges hinein war in der Bundesrepublik nur in völlig unzureichendem Maße bekannt, wie folgens schwer die Kriegs-

erfahrung auf den Bürgern der Sowjetunion lastete. Im ersten von insgesamt fünf Abschnitten des Bandes geht es um die internationale Ebene, wobei nach den Grundzügen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses gefragt wird. Sergej Slutsch untersucht die Beziehungen zwischen beiden Staaten von Hitlers Machtantritt 1933 bis zum Angriff 1941. Er zeigt, dass Stalin an einem guten Verhältnis zu Deutschland stets sehr gelegen war, weil er darin eine entscheidende Garantie für die Sicherheit der UdSSR sah. Dieter Pohl fragt nach der Bedeutung des deutsch-sowjetischen Krieges im Kontext des Zweiten Weltkriegs und weist der Auseinandersetzung zentrale Bedeutung zu, da sich hier Hitlers Weltherrschaftskonzept zeigt. Alternativlos, auch das wird klar, war der deutsch-sowjetische Krieg keineswegs.

Im zweiten Abschnitt stehen die militärischen Akteure im Zentrum, die Soldaten der Wehrmacht und die Bedingungen ihres Gewalthandelns einerseits und die sowjetischen Kriegsgefangenen und ihre Situation angesichts von Gewalt und Aushungerungspolitik andererseits. Andreas Hilger widmet sich der Frage nach den sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam. Anders als über die deutschen Täter ist über die sowjetischen Opfer erst wenig bekannt; eine große Zahl an Schicksalen blieb bis heute ungeklärt. Gabriele Hammermann richtet den Blick auf die Ermordung von Rotarmisten in Dachau und setzt sich mit den Massenerschießungen auf dem SS-Schießplatz Hebertshausen in der Nähe des Konzentrationslagers auseinander. Als die Mordaktion 1941 begann, wurden Dachau und Umgebung zu einem Zentrum des systematischen Massenmords.

Der dritte Teil des Bandes wendet sich grundlegenden Aspekten der Erfahrung der sowjetischen Bevölkerung unter deutscher Besatzung zu. Yuliya von Saal untersucht Kriegskindheiten in der besetzten Sowjetunion. Etwa drei Millionen Kinder und Jugendliche wurden im Krieg zu Vollwaisen. Die Krankheits- und Sterblichkeitsrate unter den Minderjährigen war schon während der Kriegsjahre sehr hoch, daran änderte sich auch danach nichts; hinzukamen darüber hinaus die langfristigen psychischen und physischen Folgen der Besatzung. Natalia Timofeeva befasst sich mit erfahrungsgeschichtlichen Perspektiven und nimmt dafür den Alltag der Bevölkerung im Gebiet Woronesch während des deutsch-sowjetischen Krieges in den Blick. Die Bewohner machten Hunger und Obdachlosigkeit durch, verloren ihren Besitz, wurden von ihrer Familie getrennt, mussten Zwangsarbeit leisten und waren stetig mit Gewalt und Tod konfrontiert. Bert Hoppe geht es um das Verhältnis von Nicht-Juden und Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten. Er zeigt, wie Juden buchstäblich »von Nachbarn zu Ausgestoßenen« wurden

und geht auch darauf ein, wie verheerend sich die antijüdische Verfolgung der Kriegszeit noch nach Kriegsende auswirkte.

Der vierte Abschnitt des Bandes handelt von Problemen der historischen und gesellschaftlichen Erinnerung, darunter vom Bewusstseinswandel im Umgang mit dem Krieg. Deutlich wird, wie komplex und problembehaftet die Kriegserinnerung auch im postsowjetischen Raum ist. Barbara Distel schreibt über die sowjetischen KZ-Häftlinge, die in Westdeutschland eine lange vergessene Opfergruppe darstellen. Viele von ihnen waren sehr jung, als sie als Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich verschleppt wurden. Im Kalten Krieg wurde ihr Schicksal vergessen. Erst dessen Ende führte dazu, dass die Erinnerung an sie zurückkehrte. Peter Jahn schildert den erinnerungskulturellen deutschen Umgang mit dem Vernichtungskrieg »im Osten« und skizziert die einschlägigen Entwicklungen von den achtziger Jahren bis in die Gegenwart. Grzegorz Rossoliński-Liebe richtet den Blick auf die Formen kollektiver Erinnerungen an den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg in der Ukraine. Die geschichtspolitische Instrumentalisierung des Geschehens hat bis heute Auswirkungen und bedarf der kritischen Reflexion, gerade auch in Deutschland. Christina Winkler setzt sich am Beispiel der südrussischen Stadt Rostow mit der Frage nach der »zerrissenen Erinnerung« auseinander. Sie zeigt, wie sehr der russische Diskurs vom sowjetischen Heroismus geprägt ist, während Leid, Entbehrungen und Traumata der Zivilbevölkerung, die den Holocaust und andere Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion erlebt hat, darin nicht vorkommen. Christina Winkler wirkte auch wesentlich an der Ausstellung »Die Vergessenen. Opfer deutscher Besatzungspolitik in Rostow am Don 1941-1943« mit, die begleitend zum Dachauer Symposium im Max-Mannheimer-Haus in Dachau gezeigt wurde. Die Ausstellung entstand 2017 und ist ein Gemeinschaftsprojekt des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst, des Stanley Burton Center for Holocaust and Genocide Studies in Leicester und des Russischen Forschungs- und Bildungszentrums Holocaust in Moskau.

Den fünften und letzten Teil des vorliegenden Bandes bildet ein Gespräch über die Erinnerungen an den deutsch-sowjetischen Krieg und die aktuellen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Irina Scherbakowa geht auf ihre eigene Familiengeschichte ein und spricht von ihrer Besorgnis, zu der die heutige russische Geschichtspolitik allen Anlass gibt.

Jürgen Zarusky hatte die wissenschaftliche Leitung des Dachauer Symposiums zur Zeitgeschichte inne, das am 12. und 13. Oktober 2018 im

Max-Mannheimer-Haus in Dachau stattgefunden hat. Er steckte viel Engagement in die Vorbereitung der Veranstaltung, und mindestens so wichtig war ihm auch der Tagungsband. Dass er das Erschienen des Buches nun nicht mehr erlebt, ist besonders bitter. Am 4. März 2019 ist Jürgen Zarusky nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben. In den Tagen des Symposiums war es ganz undenkbar, dass er nur wenige Monate später nicht mehr am Leben sein würde. Sein Tod bedeutet einen großen Verlust, fachlich wie menschlich. Die Geschichte des deutsch-sowjetischen Krieges und die Geschichte des Umgangs damit in beiden Ländern gehören zu den Themen, die Jürgen Zarusky besonders bewegt haben. »Vielleicht konnten und können wir mit der Tagung und dem folgenden Band in dieses auch für die aktuellen Beziehungen zwischen Deutschland und den postsowjetischen Staaten so bedeutsame Forschungsfeld ein wenig neue Energie einspeisen.«⁴ Dies schrieb er an alle Mitwirkenden des Symposiums wenige Tage nach der Veranstaltung. »Neue Energie« hielt er für dringend nötig, denn die Forschungsimpulse aus der Zeit unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges haben, wie er feststellte, »inzwischen doch viel an Schub verloren«. Es war Jürgen Zarusky wichtig, die internationale Diskussion über den deutsch-sowjetischen Krieg und die Geschichte des Umgangs damit am Laufen zu halten und ihr neue Stoßkraft zu verleihen. Diesem Ziel ist der vorliegende Band verpflichtet: Es geht darum, zentrale Aspekte des Themenfeldes zu beleuchten und Kernaspekte daraus in einem breiten und vielfältigen thematischen Spektrum zu behandeln. Dass davon Impulse für weitere Forschungen ausgehen mögen, ist ganz im Sinne dessen, was Jürgen Zarusky damit verband, sehr zu wünschen.

Dafür, dass Jürgen Zarusky den deutsch-sowjetischen Krieg als Thema des Dachauer Symposiums vorgeschlagen hat, bin ich ihm sehr dankbar. Und ich spreche auch in seinem Namen unseren Dank an die Stadt Dachau und die Stiftung Jugendgästehaus Dachau aus, die die Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte und die dazugehörigen Tagungsbände jedes Jahr ermöglichen. Mein Dank richtet sich an Herrn Oberbürgermeister Florian Hartmann, an den langjährigen Zeitgeschichtsreferenten im Stadtrat, Herrn Prof. Dr. Günter Heinritz, an die Mitwirkenden im Kulturausschuss und an den Kulturamtsleiter Herrn Tobias Schneider. Bestens gedankt sei für die gute Zusammenarbeit ferner Frau Felizitas Raith, der Leiterin des Max-Mannheimer-Hauses, außerdem Frau Petra Urbanski sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Im Wallstein Verlag richtet sich mein Dank an Thedel von Wallmoden und Ursula Kömen. Sara Vorwalder am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien sei für ihr sorgfältiges Lektorat herzlich gedankt. Verena Brunel

hat den Text von Sergej Slutsch aus dem Russischen übersetzt, dafür vielen Dank. Annette Eberle hat Jürgen Zaruskys Texte zur Verfügung gestellt und übernahm es, sie Korrektur zu lesen. Dafür sei ihr ebenfalls herzlich gedankt. Mein Dank gilt vor allem auch den Autorinnen und Autoren der vorliegenden Beiträge. Dass Jürgen Zarusky deren Veröffentlichung nun nicht mehr erlebt, trifft alle, die am Dachauer Symposium 2018 mitgewirkt haben, besonders schmerzlich.

Anmerkungen

- 1 Dieses Editorial beruht auf dem Vortrag, den Jürgen Zarusky am 12. Oktober 2018 zur Eröffnung des Dachauer Symposiums zur Zeitgeschichte im Max-Mannheimer-Haus hielt. Der Text wurde für die Veröffentlichung überarbeitet, gekürzt und ergänzt.
- 2 Seit kurzem liegt eine Begleitpublikation zur Ausstellung vor, die 2014 am neu gestalteten Gedenkort Hebertshausen eröffnet wurde: Gabriele Hammermann/Andrea Riedle (Hrsg.), Der Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem SS-Schießplatz Hebertshausen 1941-1942. Begleitband zur Open-Air-Ausstellung und zur Gedenkinstallation »Ort der Namen«, Göttingen 2020.
- 3 Heinrich Albertz, Blumen für Stukenbrock. Biographisches, Stuttgart 31981, S. 11.
- 4 Jürgen Zarusky per E-Mail, 17.10.2018; hier auch das folgende Zitat.

Sowjetische Opfer von Krieg und nationalsozialistischer Verfolgung in der bundesdeutschen Erinnerungskultur

Am 10. September 1955 wurde Bundeskanzler Konrad Adenauer schonungslos mit einer Bilanz des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges gegen die UdSSR konfrontiert.¹ Von Millionen Opfern war die Rede, von Babij Jar, Maidanek und Auschwitz, von den deutschen Konzentrationslagern auf sowjetischem Boden, von Massenerschießungen in sowjetischen Städten und von zahllosen verbrannten Dörfern. Der sowjetische Ministerpräsident Bulganin reagierte mit dieser Auflistung deutscher Schandtaten auf Adenauers Forderung nach Freilassung der noch in sowjetischen Lagern einsitzenden deutschen Kriegsgefangenen, die von sowjetischen Gerichten als Kriegsverbrecher verurteilt worden waren.² Der Kanzler bestritt nichts, wies aber darauf hin, dass, als die sowjetischen Armeen – zugestandenermaßen in der Gegenwehr – die deutschen Grenzen überschritten hätten, »auch in Deutschland entsetzliche Dinge im Krieg vorgekommen sind«.³ Damit rief er heftige Empörung bei seinen sowjetischen Gesprächspartnern hervor, die sich entschieden gegen die vermeintliche Gleichsetzung der nationalsozialistischen Massenverbrechen mit der Kriegführung der Roten Armee verwahrten. Nur mit Mühe konnte Adenauer die von ihm ausgelöste Erregung dämpfen. Er betonte nachdrücklich, dass er im Hinblick auf das Kriegsende in Deutschland von »schrecklichen Dingen« und nicht von »Verbrechen« gesprochen habe.⁴ Zwar hatte Bulganin zum Auftakt der Begegnung gesagt, beide Völker hätten im Krieg große Verluste erlitten,⁵ aber die Erfahrung des Vernichtungskrieges war so tiefgreifend und gegenwärtig, dass alles, was auf eine paritätische Deutung hinauszu laufen schien, auf geradezu reflexartigen Widerspruch stoßen musste.

Fast dreieinhalb Jahrzehnte später, im April 1989, machte der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel bei einer Begegnung mit Michail Gorbatschow in Moskau dem Generalsekretär der KPdSU einen Vorschlag, mit dem er ihn ungewollt in Verlegenheit versetzte. Vogel sprach den bevorstehenden 50. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion an. Zwanzig Millionen sowjetische Opfer des Krieges lasteten

»auf dem Gewissen der deutschen Regierung, auf unserem Gewissen. 1991 werden 50 Jahre seit dem 22. Juni 1941 vergangen sein. Warum sollten wir nicht in diesem Zusammenhang darüber nachdenken, bei uns ein Denkmal für die in Deutschland umgekommenen sowjetischen Soldaten zu errichten und an irgendeinem geeigneten Ort in der Sowjetunion ein Denkmal für jene jungen deutschen Soldaten, die bei Ihnen ums Leben gekommen sind, wenn auch in einem ungerechten Krieg und in Ausführung eines verbrecherischen Befehls. [...] Ein solcher Akt würde die Gefühle der Menschen unserer Länder berühren und die Bereitschaft der neuen, nach dem Krieg aufgewachsenen Generationen zeigen, einmal und für immer einen Schlussstrich unter die tragische Vergangenheit zu ziehen.«

Das müsse man ernsthaft überdenken, antwortete Gorbačev, der indes von der erhofften versöhnenden Wirkung nicht überzeugt war. Wo solle man ein solches Denkmal aufstellen?

»Bei Wjasma, wo alles zusammengeschlagen wurde? [...] Natürlich, Soldat bleibt Soldat. Aber was für Opfer! Ich denke, dass es zum Beispiel in Weißrussland unmöglich wäre, diesen Vorschlag zu verwirklichen. Ich sehe den politischen Sinn des Vorschlags darin, die Überzeugung unserer Generationen auszudrücken, nie wieder eine Wiederholung der Vergangenheit zuzulassen. Aber dabei soll man das, was war, nicht beschönigen, die Vergangenheit nicht in rosa Farben darstellen und sich an die Tragödie erinnern.«⁶

Der Eiserne Vorhang und die Erinnerung

Nun ist Hans-Jochen Vogel, der als Oberbürgermeister von München die Entstehung der KZ-Gedenkstätte in Dachau unterstützt und nach dem Abschluss seiner aktiven politischen Laufbahn 1993 die Vereinigung »Gegen Vergessen – für Demokratie«⁷ gegründet hat, über den Verdacht der Geschichtsvergessenheit oder gar beschönigender Tendenzen so erhaben wie kaum ein anderer deutscher Politiker seiner Generation. Doch offenkundig hatten auch aufgeklärte Vertreter des bundesdeutschen öffentlichen Lebens bis in die Endphase des Kalten Krieges hinein nur einen unzureichenden Begriff vom Gewicht und der Folgeschwere der Kriegserfahrung für die Bürger der Sowjetunion. Zwar hatte die deutsche Geschichtswissenschaft zum damaligen Zeitpunkt schon durchaus Beachtliches zur historischen Analyse des Krieges bei-

getragen, und der später auf intellektuelle Abwege geratene Historiker Ernst Nolte hat schon 1963 in seinem Buch »Der Faschismus in seiner Epoche« den nationalsozialistischen Krieg gegen die UdSSR mit unterschiedener Klarheit als den »ungeheuerlichste[n] Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte kennt«,⁸ eingestuft. Aber die Bewusstseins- und vor allem die Gefühlslage der großen Mehrheit seiner Zeitgenossen traf er damit keineswegs. Hier dominierte eine ganz andere Perspektive, wie 15 Jahre später Christian Streit in der Einleitung zu seiner Pionierstudie über das schreckliche Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener in deutscher Hand feststellte:

»Die Erinnerung an den deutschen Angriff 1941 und die damals eingeführten Methoden der Kriegführung und der Besatzungspolitik ist bei den meisten Soldaten verdrängt worden durch die Erinnerung an die verzweifelten Abwehrkämpfe gegen die übermächtig gewordene Rote Armee zwischen 1943 und 1945. Drei Faktoren bestimmen in erster Linie das Bild, das die deutsche Öffentlichkeit noch heute vom Krieg im Osten hat: die ungeheueren Erbitterung der Kämpfe und die ihr entsprechenden enormen Verluste an der Ostfront; die barbarischen Verbrechen, die Einheiten der Roten Armee 1945 beim Vordringen in den deutschen Osten begingen; und, wohl am nachhaltigsten, das traurige Los deutscher Soldaten in den langen Jahren sowjetischer Gefangenschaft.«⁹

Streits Buch »Keine Kameraden« analysierte die Geschichte eines »ver-gessenen« Massenverbrechens, des durch eine Mischung aus Absicht und Hinnahme verursachten Zugrundegehenlassens von über drei Millionen Kriegsgefangenen. Obwohl sie zweifelsohne ein Tabubruch war, stieß die wissenschaftlich sehr solide gearbeitete Studie überwiegend auf ein positives Echo.¹⁰ Doch insgesamt blieb die gesellschaftliche Resonanz nicht nur von Streits Werk, sondern auch der Publikationen anderer Autoren wie etwa Hans-Adolf Jacobsen, Andreas Hillgruber, Manfred Messerschmidt oder Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm, die im Laufe der sechziger bis frühen achtziger Jahre wichtige Arbeiten zum deutsch-sowjetischen Krieg und zur Rolle der Wehrmacht vorgelegt hatten, sehr begrenzt. Auf dem Buchmarkt dominierten jahr-zehntelang unangefochten die apologetischen Darstellungen von Paul Carell, der in der NS-Diktatur als Paul Karl Schmidt unter Joachim von Ribbentrop die Nachrichten- und Presseabteilung im Auswärtigen Amt geleitet hatte. Seine Bücher erlebten noch bis in die frühen 2000er Jahre Neuauflagen.¹¹ Über den engeren akademischen Rahmen hinaus stießen die einschlägigen kritischen Studien der Geschichtswissenschaft

am ehesten in jenen Kreisen auf Aufmerksamkeit, die den Frieden mit der Sowjetunion als »eine unerledigte Aufgabe« betrachteten, eine Sichtweise, die allerdings auch erst seit Mitte der achtziger Jahre nennenswerten öffentlichen Widerhall fand.¹²

Allerdings standen einer vorbehaltlosen Wahrnehmung der Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in der Sowjetunion keineswegs nur die eigene traumatische Kriegserfahrung und das in der Bundesrepublik auch keineswegs völlig grundlos vorherrschende Misstrauen gegenüber der Ostblockvormacht entgegen. Die Opfer hatten auch im eigenen Staat keinen »Erinnerungsagenten«, d. h. keine wirkmächtige Instanz, die für ihre Belange – von der Forderung nach individueller Entschädigung bis hin zur Memorialisierung – eintrat. Im Gegenteil: In der UdSSR wurden der Holocaust zur Verfolgung »friedlicher sowjetischer Bürger« umgedeutet, seine antisemitische Spezifik und Singularität verschleiert und mit einem Tabu belegt.¹³ Andere Opfer des Nationalsozialismus, insbesondere Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, aber auch Kriegsgefangene, fanden sich nach der Repatriierung als Bürger zweiter Klasse in der Heimat wieder, weil ihnen zur Last gelegt wurde, »für den Feind gearbeitet« zu haben.¹⁴ Ihre Schicksale fanden praktisch keine öffentliche Thematisierung und passten auch nicht in das monolithisch-heroische Narrativ über den Großen Vaterländischen Krieg, das besonders nachdrücklich in der Brežnev-Ära etabliert und auch in die DDR »exportiert« wurde. Erst am 6. Oktober 1989, also in der Hochzeit der Perestrojka, beschloss der sowjetische Ministerrat, dass ehemalige KZ-Insassen dieselben Vergünstigungen erhalten sollten wie Kriegsveteranen, allerdings nur jene, die zum Zeitpunkt ihrer Verfolgung nicht älter als 16 Jahre gewesen waren.¹⁵ Diese Maßnahme war symptomatisch dafür, dass sich erst mit der Perestrojka und dem Ende des sowjetischen Imperiums der doppelte Schatten der Vergessenheit, der jahrzehntelang auf vielen sowjetischen Opfern nationalsozialistischer Verfolgung gelegen war, zurückzuziehen begann. Auf deutscher Seite wurde nun die Frage von Entschädigungen virulent, und die lange hinter dem Eisernen Vorhang verborgenen überlebenden Opfer traten auch hier als konkrete Menschen in Erscheinung.

Unbeliebte Denkmäler

Obwohl neben den in der Heimat von Krieg und Besatzungsterror Betroffenen auch Millionen von Bürgern der Sowjetunion auf deutschem Boden gelitten hatten, erinnerte hierzulande lange Zeit kaum etwas daran. Besonders in der Bundesrepublik konnte man allenfalls auf stei-

nerne Zeugen treffen. Doch die Denkmäler für die sowjetischen Opfer in Deutschland, vor allem für gefallene oder in Gefangenschaft verstorbene Rotarmisten und Zwangsarbeiter, die unmittelbar nach dem Krieg durch Überlebende und sowjetische Militärbehörden errichtet wurden, hatten auf die deutsche Gesellschaft keine allzu große Wirkung. Das mag auch mit der monumentalistischen Gestaltung und der ostentativen Verwendung sowjetischer Symbole zusammenhängen, erklärt sich dadurch allein aber nicht. Während in der DDR die sowjetischen Ehrenmale, etwa in der Schönholzer Heide in Berlin-Pankow, im Treptower Park oder in Dresden, als offiziöser Ausdruck der sozialistischen Bruderschaft von Staats wegen mit hoher Priorität geschützt und gepflegt wurden, gab es in West-Berlin und der Bundesrepublik nicht selten verdeckte oder offene Ablehnung. So musste etwa das monumentale sowjetische Ehrenmal in Berlin-Tiergarten am Ort einer Grabanlage für 2.500 bei der Eroberung Berlins gefallene Sowjetsoldaten 1961 während des Mauerbaus vor der Stürmung durch erboste West-Berliner geschützt werden, und 1970 wurde ein sowjetischer Soldat der Ehrenwache von einem Neonazi angeschossen und schwer verletzt.¹⁶

Häufig wurde das Ehrenmal nicht als Referenz an die Kriegstoten, sondern als Symbol sowjetischer Bedrohung interpretiert. So machte *Das Ostpreußenblatt*, das Organ der ostpreußischen Landsmannschaft, welche die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition wie die Vertriebenenverbände insgesamt entschieden bekämpfte, Anfang 1972 mit einem großformatigen Foto des Ehrenmals auf und versah es mit folgendem Kommentar: »Sowjet-Ehrenmal in West-Berlin: wenn es nach dem Berlin-Abkommen geht, wird es nicht bei dem Soldaten aus Erz bleiben; ein sowjetisches Generalkonsulat im Westteil der Stadt wird Moskau die Möglichkeit bieten, eine Riesenfiliale seines Nachrichtendienstes zu etablieren.«¹⁷

Ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie sich mit zunehmendem Abstand zum Kriegsende die Ablehnung sowjetischer Erinnerungszeichen durchsetzte, findet sich in Bochum. Ende 1946 wurde vor dem Friedhof am Freigrafendamm auf sowjetische Initiative hin ein Denkmal für die dort beerdigten weit über tausend Zwangsarbeiter errichtet – ein massives Monument von über neun Metern Höhe auf einem breiten Sockel, gekrönt von einem Sowjetstern, für dessen Bau 180.000 Reichsmark aufgewendet worden sein sollen. Sowjetisches und englisches Militär sowie offizielle Vertreter der Stadt wohnten der Einweihung am 12. Dezember 1946 bei, die örtliche Bevölkerung indes nahm so gut wie keinen Anteil. In den frühen Jahren des Kalten Krieges begann sich immer deutlicher Unmut zu artikulieren: Die CDU-Ratsfraktion beklagte sich schon 1952, das wuchtige Denkmal entspreche nicht »unserem Empfinden«, und fünf

Jahre später äußerte sich die Bezirksgruppe der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, die ehemalige Speziallagerinsassen, heimgekehrte Kriegsgefangene und von der sowjetischen Besatzungsmacht Abgeurteilte vertrat, ganz ähnlich. Das Denkmal wirke bedrohlich, der Sowjetstern sei ein Symbol von Unterdrückung und Verfolgung und solle entfernt werden. Das ging der Stadtverwaltung allerdings zu weit. Sie verwies darauf, dass Veränderungen über die sowjetische Botschaft beantragt werden müssten, was angesichts der schwierigen zwischenstaatlichen Beziehungen nicht angeraten sei. 1953 war das Denkmal mit sowjetischer Zustimmung an einen unauffälligeren Standort, nämlich unmittelbar zu den Gräbern der ehemaligen Zwangsarbeiter verlegt worden. Die Vereinigung der Stalinismusopfer wurde damit getröstet, dass es dort sicher bald zuwachsen werde. 1964 brach man es schließlich wegen angeblicher Bauauffälligkeit ab.

Der Bochumer Denkmalpfleger und Architekturhistoriker Hans H. Hanke, der die Geschichte des Zwangsarbeiterdenkmals recherchiert hat, kommentierte das Geschehen in seiner Veröffentlichung aus dem Jahr 2000 wie folgt:

»Der Abbruch erfolgte im August 1964, selbst das Relief und die Schrifttafeln scheinen vernichtet worden zu sein, wie im übrigen auch die kleineren Gedenksteine. Die Sowjetunion als Eigentümer wurde an der Entscheidung nicht beteiligt. Die Angehörigen der Ermordeten hatten niemals eine Chance mitzureden. Heute sind im Rahmen der ›Entschädigungszahlungen‹ die in der Nachkriegszeit veröffentlichten Listen der Firmen und Orte, an denen die Sowjetbürger gezwungen wurden, zu arbeiten, die wichtigsten Denkmäler ihrer Anwesenheit in Bochum. Die Grabanlagen und der neue Gedenkstein am Freigrafendamm werden jetzt zweifelsohne in Ehren gehalten. Die heute veränderten Zwangsarbeitersiedlungen in Gerthe und Grumme kann man sich noch anschauen, sie sollten in die Denkmalliste der Stadt Bochum eingetragen werden. Das wäre nur ein kleiner Ausgleich dafür, dass sich niemand in unserer Stadt Bochum an die Verpflichtung, dem eigentlichen Ehrenmal ›Schutz und Obhut‹ zu gewähren, rechtzeitig erinnerte.«¹⁸

Im selben Jahr 1964, in dem das lästige Bochumer Zwangsarbeiterdenkmal beseitigt wurde, errichtete die Lagergemeinschaft Dachau mit finanzieller Unterstützung des Internationalen Dachaukomitees auf dem ehemaligen SS-Schießplatz bei Hebertshausen ein Denkmal zur Erinnerung an die mehr als 4.000 sowjetischen Soldaten, die dort 1941/42 von Angehörigen der Wachmannschaft des KZ Dachau erschossen worden waren. Dem Massenmord lagen Heydrichs Einsatzbefehle Nr. 8 und 9 von 1941

zugrunde.¹⁹ Das Monument war von äußerster Schlichtheit und Sachlichkeit: eine Betontafel auf einem Sockel mit der Aufschrift »Tausende Kriegsgefangene wurden hier von der SS ermordet«, wobei die Worte »Kriegsgefangene« und »ermordet« mit großen Reliefflettern hervorgehoben wurden – das war alles. Der hohe Grad an Abstraktion sowohl in der Bildsprache als auch in der Aussage ist bemerkenswert: Man beschränkte sich vollkommen darauf, die Tatsache des Massenmords als solche zu benennen; dass es sich bei den Opfern um Rotarmisten handelte, blieb jedoch unerwähnt. Das war den Meinungszwängen des Kalten Krieges geschuldet,²⁰ von denen auch das vorausgegangene Scheitern einer internationalen Begegnung von Jugendlichen und ehemaligen Häftlingen zeugt, die 1961 vom Bayerischen Jugendring und dem Internationalen Dachaukomitee geplant worden war. Vorgesehen war damals auch eine Besichtigung des Schießplatzes. Doch das Vorhaben wurde von einem Teil der bayerischen Presse, die die Einreise Hunderter Teilnehmer aus der UdSSR und kommunistische Manifestationen befürchtete, so heftig attackiert, das es aufgegeben wurde.²¹ Obwohl an der Einweihung des Mahnmals im Zuge der Feiern zum 19. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau rund 1.000 Menschen teilnahmen, geriet der Schießplatz bald wieder in Vergessenheit. 1977 wurde der Gedenkstein an den Rand des Geländes verlegt, weil, wie die Behörden vermerkten, »das in der Mitte des Schießplatzes befindliche Denkmal einer späteren Nutzung sehr hinderlich sei«. ²² Eine irgendwie geartete andere Nutzung – abgesehen vom Schutz eines Wildbienenbiotops – unterblieb indes, weil man politische Proteste aus dem Osten befürchtete. Gepflegt wurde das Gelände aber nur, wenn Besuche sowjetischer Delegationen zu »befürchten« waren.

Bis Mitte der achtziger Jahre blieb der Schießplatz ein weitgehend vergessener Ort. Dann trafen verschiedene Initiativen zusammen, die ihn belebten. Die bayerischen Behörden wurden 1984 durch einen sowjetischen Vorstoß für die Errichtung eines Denkmals auf dem Gelände beunruhigt, wodurch es – so der Amtschef der Staatskanzlei – »wallfahrtsortähnliche« Bedeutung« gewinnen und »zum Schauplatz linksextremistischer Demonstrationen werden [könne], die dort kaum verhindert werden können«. ²³ Das Denkmalsprojekt wurde nicht realisiert, aber »Wallfahrer« kamen doch, nämlich Teilnehmer der seit 1983 jährlich stattfindenden internationalen Jugendbegegnungszeltlager in Dachau, die den ehemaligen Schießplatz von dem dort herumliegenden Müll säuberten. ²⁴ Die »Initiative Jahrestag der Befreiung«, ein Bündnis vorwiegend linker Organisationen aus München und Dachau, darunter die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, zu dem inzwischen auch

die Lagergemeinschaft Dachau und die Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau gehören, begann 1985 im Rahmen der alljährlichen Befreiungsfeiern regelmäßig auch Gedenkveranstaltungen am ehemaligen Schießplatz durchzuführen.²⁵

»Wir leben ja in der Bundesrepublik Deutschland in einer merkwürdigen Vergesslichkeit. Manchmal habe ich den Eindruck, als hätte 1941 die Sowjetunion das Deutsche Reich überfallen und nicht umgekehrt«, charakterisierte der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Pastor Heinrich Albertz, im September 1980 bei einer Gedenkrede auf dem Friedhof des Stalag 326 Senne bei Stukenbrock die damals immer noch vorherrschende gesellschaftliche Stimmung.²⁶ Die 1967 entstandene Initiative »Blumen für Stukenbrock«²⁷ war eine der ersten, die sich die kontinuierliche Pflege des Gedenkens an die unter brutalen Umständen ums Leben gekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen zur Aufgabe machte. Mit Albertz gewann sie einen außerordentlich prominenten Unterstützer. Im Allgemeinen waren derlei Initiativen, die vor allem mit der Entstehung der Friedensbewegung Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre stärkeren Aufwind bekamen, auf das abgezirkelte linke Milieu aus Kommunisten, christlichen Pazifisten und linken Sozialdemokraten beschränkt. Die Orte des Leidens und Sterbens sowjetischer Kriegsgefangener waren die wichtigsten deutschen Erinnerungsorte an das, was Bürgern der Sowjetunion von NS-Deutschland angetan worden war, neben Stukenbrock etwa das ehemalige Stalag VI a in Hemer²⁸ oder der Ehrenfriedhof Herleshausen, wo die Namen aller Toten infolge der Sorgfalt, die Bürgermeister Karl Fehr noch während des Krieges walten ließ, bekannt sind.²⁹

Die grausame Behandlung der Kriegsgefangenen bezeugte auch Heinrich Böll in seinem öffentlichen Dialog mit dem russischen Germanisten Lew Kopelew Anfang der achtziger Jahre.³⁰ Das Gespräch fand in zwei Teilen statt, 1979 in Moskau und 1981 in der Bundesrepublik, nachdem Kopelew ausgebürgert worden war. Kopelews Bedeutung als kultureller Brückenbauer zwischen der Bundesrepublik und seiner Heimat, aus der er von sowjetischen Behörden exiliert wurde, ist kaum zu unterschätzen. Dass er als sowjetischer Offizier in Ostpreußen gegen verbrecherische Übergriffe auf die Zivilbevölkerung eingeschritten war und dafür zu mehrjähriger Lagerhaft verurteilt worden war, verlieh ihm in der Bundesrepublik besondere Glaubwürdigkeit. In seiner dreibändigen Autobiografie sparte er allerdings die Jahre des Krieges weitgehend aus.³¹

Die politischen Voraussetzungen für die Erinnerung an die NS-Verbrechen gegen Bürger der Sowjetunion änderten sich grundlegend mit Glasnost' und Perestrojka, mit der »Gorbimanie« und der deutschen Wiedervereinigung. Die Betroffenen selbst konnten sich in ihrer Heimat nun

offen(er) artikulieren, und zugleich war Ängsten und Feindbildern der Boden entzogen worden. Die Bundesrepublik verpflichtete sich am 9. November 1990 im deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsvertrag zu Schutz und Pflege der sowjetischen Ehrenmäler. Für die Sanierung der großen Berliner Ehrenmäler wurde ein zweistelliger Millionenbetrag bereitgestellt.³²

Das Bild des Krieges

Erst mit dem Ende des Kalten Krieges und der deutschen Teilung begann in Deutschland eine breitere gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, insbesondere als sich weniger als ein Jahr nach der deutschen Vereinigung der deutsche Überfall auf die Sowjetunion zum 50. Mal jährte. Erstmals wurde diesem Ereignis im Sommer 1991 im Berliner Gropiusbau eine große Ausstellung gewidmet.³³ Eine weitere mit dem Titel »Die 900 Tage der Blockade Leningrads« wurde im Herbst desselben Jahres in der Sankt Katharinenkirche in Hamburg, Leningrads langjähriger Partnerstadt, gezeigt.³⁴ Das ZDF begann im selben Jahr mit der Ausstrahlung der sechsteiligen Dokumentarfilmserie »Der verdammte Krieg – Das Unternehmen Barbarossa«, eine Kooperation mit dem sowjetischen beziehungsweise russischen Gosteleradio und den Moderatoren Guido Knopp und Valerij Korsin. Der Südwestfunk nahm den Jahrestag zum Anlass für die sechsteilige Fernsehreihe »Steh auf, es ist Krieg«. Sie basierte auf dem Buch »Ich wundere mich, dass ich noch lebe«, geschrieben von dem Journalisten Paul Kohl, der zahlreiche sowjetische Zeitzeugen des Krieges insbesondere aus Weißrussland befragt hatte.³⁵ Schon 1989 war im Hamburger Verlag am Galgenberg Swetlana Alexijewitsch' Reportageserie »Der Krieg hat kein weibliches Gesicht« erschienen, eine Übernahme der zwei Jahre zuvor herausgekommenen DDR-Ausgabe. Das bekannte »Blockadebuch« von Ales Adamowitsch und Daniil Granin, das Zeugnisse von Überlebenden jenseits des heroischen sowjetischen Blockademythos versammelt, liegt hingegen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Deutsch nur in der zweibändigen Ausgabe des DDR-Verlags »Volk und Welt« von 1987 vor.³⁶ Allerdings erschienen 1997 bei Suhrkamp in Frankfurt die zwar schmalen, aber eindringlichen »Aufzeichnungen eines Blockademenschen« von Lidia Ginsburg.³⁷ Diese Aufzählung ist natürlich keineswegs vollständig, dennoch lässt sich konstatieren, dass die Publikation persönlicher Zeugnisse von Sowjetbürgern aus dem deutsch-sowjetischen Krieg bis heute eher einem schmalen Rinnsal als einem breiten Strom gleicht.

Dennoch wurde mit Glasnost' vieles möglich, was vorher undenkbar gewesen war. Auf dem SS-Schießplatz in Hebertshausen bei Dachau sprach 1991 auf Einladung des Dachauer Fördervereins für Gedenkstättenarbeit am 22. Juni der ehemalige WDR-Intendant und Präsident des Goethe-Instituts Klaus von Bismarck. Er verlieh dem Erinnerungsakt Reputation und – da er selbst Soldat an der Ostfront gewesen war – eine spezifische Authentizität. In der KZ-Gedenkstätte Dachau trafen derweilen zahlreiche Briefe ehemaliger sowjetischer Häftlinge ein, die nun, wo sie offen Kontakt aufnehmen konnten und endlich auch in ihrer Heimat Anerkennung als Opfer gefunden hatten, um Haftbestätigungen als Grundlage für die bescheidenen Vergünstigungen baten, die sie dort nun erhalten konnten. Manche äußerten auch die Bitte, den Ort, an dem sie ihre Jugend und viele Freunde verloren hatten, noch einmal besuchen zu können. Der Förderverein organisierte, unter anderem mit bereitwilliger finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes, 1992 die erste solche Begegnung und begründete damit eine bis heute aufrechterhaltene Tradition.³⁸ Die abstrakte Vorstellung von den sowjetischen Opfern wandelte sich zur Begegnung mit konkreten Menschen, ihren Widersprüchen und Sorgen. In welchem Maße der Kalte Krieg das historische Gedächtnis hatte einfrieren lassen, wurde auch durch das Erstaunen der russischen, ukrainischen und belarussischen Gäste über ein Land verdeutlicht, das sie als feindliche Ruinenlandschaft in Erinnerung behalten hatten und das ihnen nun ganz anders begegnete.

Erst unter diesen neuen Voraussetzungen wurde einige Jahre später auch die größte und schärfste innerdeutsche Debatte um den Charakter des deutsch-sowjetischen Krieges möglich, die durch die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« des Hamburger Instituts für Sozialforschung, die sogenannte Wehrmachtausstellung, ausgelöst wurde. Eigentlich war sie Teil eines größeren Projekts, mit dem zum 50. Jahrestag des Kriegsendes auch ganz andere Gewalterfahrungen wie etwa der Atombombenabwurf über Nagasaki thematisiert werden sollten. Dieses etwas abstrakte Konzept wurde von der Dynamik der Debatten um die Rolle der Wehrmacht überholt, die in München 1997 ihren Kulminationspunkt und schließlich sogar den Deutschen Bundestag erreichten. Es würde hier zu weit führen, diese Auseinandersetzung, unter anderem den Weg von der ersten zur zweiten »Wehrmachtausstellung«, in allen Einzelheiten zu rekapitulieren; sie ist inzwischen selbst Gegenstand der Forschung geworden. Zweifellos hat sie zu einem deutlichen Bewusstseinswandel beigetragen und Impulse für eine vertiefte wissenschaftliche Erforschung des Vernichtungskriegs gegeben. Zugleich war die von ihr ausgelöste Diskussion allerdings eine sehr deutsche De-

batte, eine Auseinandersetzung zwischen Generationen und politischen Lagern, bei der die Opfer jener Verbrechen, um die gestritten wurde, eigentümlich abstrakt, ja geradezu unsichtbar blieben. Beide sogenannte »Wehrmachtsausstellungen«, die erste, von Hannes Heer verantwortete mit ihrer polemischen Anlage, wie die zweite, von einem Forscherteam um Ulrike Jureit erstellte und fast dreimal so umfangreiche, stützten sich im Wesentlichen auf Dokumente deutscher Provenienz, Opferzeugnisse fehlen weitestgehend.³⁹ Es ging um eine täterzentrierte Debatte, und das spiegelt sich auch in der durch sie angeregten Forschung wider.

Entschädigung

Zu den vielen Themen, die erst im Zuge von Perestrojka und Glasnost' zur Sprache kommen konnten, gehörten die Verfolgungsschicksale jener Sowjetbürger, die das ungerechte Stigma trugen, »für den Feind gearbeitet« zu haben. Als die russische Wochenzeitung *Nedelja* Anfang 1990 fälschlicherweise berichtete, ehemalige Zwangsarbeiter könnten infolge einer Kooperation der deutschen Grünen mit der Menschenrechts- und historischen Aufklärungsorganisation Memorial eine finanzielle Entschädigung erhalten, trafen bis Mitte 1991 rund 400.000 Briefe bei Memorial ein, zum Teil mit ausführlichen Schicksalsberichten.⁴⁰ Die Heinrich-Böll-Stiftung bemühte sich auf dieser Basis darum, Einladungen an ehemalige sowjetische Zwangsarbeiter an ihre früheren Einsatzorte zu initiieren, und auch andere Initiativen griffen solche Besuchsanliegen auf. Mit der Wende von 1989/91 war die gesellschaftliche Erinnerung an die sowjetischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung aus der gesellschaftlichen Isolierung in der linken und pazifistischen Subkultur herausgetreten. Nicht zuletzt weil sie nun mit zahlreichen menschlichen Kontakten einherging, erhielt sie auch eine unmittelbare humanitäre Dimension, um so mehr, als die Lebensbedingungen in der Sowjetunion beziehungsweise ihren Nachfolgestaaten gerade für die Angehörigen der Kriegsgeneration besonders schwierig waren.⁴¹

Individuelle Entschädigungsleistungen für die sowjetischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung hatte es bis dahin nicht gegeben. Reparationen, etwa in Form der Demontage von Industrieanlagen, wie sie im Potsdamer Abkommen beschlossen worden waren, dienten ja dem Wiederaufbau in der von Kriegszerstörungen schwer getroffenen Sowjetunion, nicht der Linderung und Anerkennung des persönlichen Leids der von NS-Verbrechen besonders betroffenen Menschen. Die offizielle Sicht der Bundesrepublik machte hier jedoch keinen Unterschied, und

die Bundesregierung vertrat nach dem Abschluss des Zwei-plus-vier-Vertrages die Auffassung, die Reparationsfrage sei damit erledigt.⁴² Die Abwehr von Reparationsansprüchen konnte aber, wie Hans Günter Hockerts zutreffend feststellt, »nur gelingen, wenn die im Klima des Kalten Krieges verweigerte Entschädigung der ›Ostverfolgten‹ nun wenigstens teilweise nachgeholt wurde«. ⁴³ Daher wurde zwischen 1991 und 1997 eine Reihe sogenannter Aussöhnungstiftungen eingerichtet, für die in den jeweiligen Ländern jeweils eine Partnerinstitution geschaffen wurde. Für Russland, die Ukraine und Weißrussland wurden zusammen 1,5 Milliarden D-Mark aufgewendet.⁴⁴ Angesichts der hohen Zahl der Verfolgten war dieser auf den ersten Blick ansehnliche Betrag allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein, was auch deutlich wird, wenn man ihn mit den 876 Millionen D-Mark der globalen Entschädigungszahlen vergleicht, die zwischen 1959 und 1964 mit elf westeuropäischen Staaten ausgehandelt worden waren,⁴⁵ und dabei auch den Inflationsfaktor bedenkt. »Die offene Wunde« betitelte der *Spiegel* 1997 eine Reportage zum Thema der nicht stattgefundenen Entschädigung osteuropäischer NS-Verfolgter, in der auch die bundesdeutsche Abwehrstrategie gegenüber entsprechenden Ansprüchen kritisiert wurde.⁴⁶ Als Ende der neunziger Jahre Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen in den USA drohten, mit der rot-grünen Koalition diejenigen Parteien die Regierung bildeten, die schon in den Jahren zuvor im Bundestag auf die »vergessenen Opfer« aufmerksam gemacht hatten, und generell der internationale Druck in dieser Frage wuchs, kam es nach längeren Verhandlungen zu einer groß angelegten Entschädigungslösung für ehemalige Zwangsarbeiter, zu denen viele Sowjetbürger zählten. Im Juni 2000 verabschiedete der Deutsche Bundestag einstimmig das Gesetz über die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«. Diese Stiftung wurde mit 10 Milliarden D-Mark ausgestattet, von denen 8,1 Milliarden zur Auszahlung an Zwangsarbeiter bestimmt waren, eine Milliarde zum Ausgleich von Vermögensschäden und der Rest für verschiedene andere Aufgaben, unter anderem Zukunftsprojekte. In Osteuropa wurden die Zahlungen über die bereits bestehenden Aussöhnungstiftungen abgewickelt.⁴⁷ Die bereits 1951 gebildete Conference on Jewish Material Claims Against Germany konnte parallel Leistungen für die bis dahin nicht entschädigten osteuropäischen Holocaust-Überlebenden aushandeln.⁴⁸ Andere Gruppen, insbesondere die sowjetischen Kriegsgefangenen, die mit extremer Menschenverachtung behandelt worden waren und daher eine unvergleichlich höhere Sterberate aufwiesen als ihre Schicksalsgenossen aus westlichen Ländern, oder auch die Überlebenden der Leningrader Blockade und der verbrannten Dörfer in Belarus, fallen nicht in die

bundesdeutsche Entschädigungsgesetzgebung. Es sind private Organisationen, die hier mit hohem Engagement, aber beschränkten Mitteln einspringen, vor allem die Vereinigung »Kontakty/Kontakte«,⁴⁹ aber etwa auch das Maximilian-Kolbe-Werk,⁵⁰ das seine auf polnische KZ- und Gettoüberlebende bezogene Arbeit schon seit vielen Jahren weiter nach Osten ausgedehnt hat.

Erinnerung und Dialog auf kleiner Flamme

Das von den Initiativen der neunziger Jahre Erreichte ist in gewisser Weise Allgemeingut geworden. Dass der deutsche Krieg gegen die Sowjetunion ein verbrecherischer Eroberungs- und Vernichtungskrieg war, ist gesellschaftlich weithin anerkannt. Erinnerungsinitiativen und humanitäre Organisationen bemühen sich, die Konsequenzen zu ziehen. In Museen, wie vor allem im 1995 als deutsch-russisches Projekt neu gestalteten ehemaligen sowjetischen Kapitulationsmuseum Karlshorst, das auch eine ganze Reihe wichtiger einschlägiger Publikationen herausgebracht hat,⁵¹ und in Gedenkstätten bemüht man sich um die Vermittlung historischen Wissens. Die 2006 errichtete Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte »Johannes Rau« und die zugehörige Geschichtswerkstatt in Minsk bilden dabei ein außergewöhnliches Beispiel für eine bilateral-dialogisch angelegte Institutionalisierung der Erinnerungsarbeit.⁵² Die von den KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora erarbeitete große Ausstellung über den Zwangsarbeiter-Einsatz im NS-Staat wurde 70 Jahre nach dem deutschen Angriff im Museum des Großen Vaterländischen Kriegs gezeigt. Damit wurde ein Thema vergegenwärtigt, das in beiden Ländern aus unterschiedlichen Gründen lange beschwiegen und verdrängt worden war.⁵³ Der mehrfach erwähnte SS-Schießplatz Hebertshausen wurde 2014 neu gestaltet, mit einer informativen Freiluft-Ausstellung und fünf in den Boden eingelassenen Streifenfundamenten versehen, dem »Ort der Namen«, wo bisher die Namen von 816 Ermordeten eingemeißelt sind. Es ist noch viel Platz auf den Marmorbändern, die Suche geht weiter.⁵⁴ In Berlin besteht seit Kurzem eine Initiative für einen Erinnerungsort an die Opfer der deutschen Vernichtungspolitik in Polen und der Sowjetunion, die allerdings noch in den Anfängen ihrer konzeptionellen Arbeit steckt.⁵⁵

Auch die Forschung hat auf einigen Gebieten erhebliche Fortschritte gemacht, wenngleich sie keineswegs boomt. Mit der deutsch-russischen Historikerkommission und dem Deutschen Historischen Institut Moskau sind wichtige geschichtswissenschaftliche Vermittlungsinstitutionen

entstanden, zu deren Arbeitsprogrammen auch der deutsch-sowjetische Krieg gehört. Dennoch muss man mit Alexander Boroznjak davon sprechen, dass es sich hierbei erst »um den Anfang des Weges« handelt, weil die gemeinsame, internationale Bearbeitung der Geschichte dieses so einschneidenden und folgenreichen Kapitels der Geschichte des 20. Jahrhunderts noch nicht wirklich begonnen hat.⁵⁶ Das gesellschaftliche Gedächtnis der Bundesrepublik hat in dieser Hinsicht eine wichtige, aber noch wenig wahrgenommene Bereicherung durch die jüdische Zuwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion erlebt. Es gibt aktive Bestrebungen, die Erinnerungen zugewanderter Kriegsteilnehmer und Holocaust-Überlebender den deutschen Mitbürgern zugänglich zu machen.⁵⁷ Und doch konstatiert ein zum 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion 2011 von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste initiiertes Memorandum namhafter Historiker und Gedenkakteure unter dem Titel »Aus dem Schatten der Erinnerung«, dass die Opfer der NS-Verbrechen »im besetzten östlichen Europa [...] bis heute keinen angemessenen Platz im Gedächtnis Deutschlands« haben.⁵⁸ Dass kein deutscher Fernsehsender zur Übernahme des Dokumentarfilms »Keine Kameraden« von Beate Lehr-Metzger über das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen bereit ist, passt in dieses Bild.⁵⁹ Immerhin hat bei der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2014 der 95-jährige Daniil Granin, der noch lebende der beiden Autoren des »Blockadebuchs«, aus Anlass des 70. Jahrestages der Beseitigung der Blockade durch die Rote Armee gesprochen.⁶⁰ Das war ein wichtiger Schritt. Dennoch berührt es eigentümlich, wenn Bundestagspräsident Lammert in seiner Gedenkrede, an Granin gewandt, betonte: »Ihr zweibändiges Blockadebuch konnte Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre nur zensiert erscheinen, zu viel zeigte es von den menschlichen Abgründen in diesen 900 Tagen, über die das sowjetische Regime Schweigen bewahren wollte.«⁶¹ Tatsächlich waren die Zensureingriffe nicht so massiv, dass die publizierte Version nicht ein neues, erschütterndes Bild von der Blockade zeigen würde. Vor allem aber schien der Bundestagspräsident überhaupt nicht beunruhigt dadurch oder wohl gar nicht informiert darüber, dass das Buch in Deutschland zwar nicht zensiert wird, aber dafür schlicht und einfach nicht erhältlich ist – wenn man von Antiquariaten absieht, die die alte DDR-Ausgabe von 1987 vertreiben, welche auf der zensierten sowjetischen beruht. Der deutsche Verlag, der die vollständige Ausgabe des Blockadebuchs⁶² den Lesern im geeinten Deutschland zugänglich macht, muss erst noch gefunden werden.⁶³

Auch Bundespräsident Joachim Gauck nahm es in seinem Gedenkbrief an Präsident Vladimir Putin zum 27. Januar 1944 nicht ganz so

genau: »Aus erschütternden Tagebüchern wie dem von Tatjana Sawitschewa kennen wir die Schreie und die Tränen, die Verzweiflung und den endlosen Hunger und den Überlebenskampf der Eingeschlossenen«, heißt es darin. Der aus Petersburg stammende SZ-Journalist Tim Nes-hitov hat befremdet darauf hingewiesen, dass in diesem Tagebuch von Schreien und Tränen keine Rede ist, und die im Gegenteil als Folge von Erschöpfung und permanenter Todesnähe erschreckend lakonischen Einträge der Verfasserin über das Sterben ihrer Nächsten zitiert. Auch Gaucks Aussagen über die angeblich lebendige Erinnerung der Deutschen an die Blockade und ihre Fassungslosigkeit darüber mochte Nes-hitov nicht recht glauben: »Bei allen Errungenschaften der deutschen Gedenkkultur: Die Erinnerung an die Belagerung Leningrads macht hier heute die wenigsten Menschen fassungslos.«⁶⁴ Die Botschaft des Bundespräsidenten an seinen russischen Amtskollegen erstaunt um so mehr, als er noch drei Jahre zuvor, damals in der Eigenschaft des Vorsitzenden der Vereinigung »Gegen Vergessen, für Demokratie«, seine Unterschrift unter das oben erwähnte Memorandum der Aktion Sühnezeichen gesetzt hatte, das nicht zuletzt unter explizitem Bezug auf die Leningrader Blockade das mangelnde historische Bewusstsein für die NS-Verbrechen im Osten beklagte. Wenn vor 60 und auch noch vor 25 Jahren fehlendes Tatsachenwissen die historische Verständigung zwischen deutschen und russischen Politikern behinderte, so kann dieser Faktor heute zumindest grundsätzlich ausgeschlossen werden, die Gefahr des Aneinandervorbeiredens in gedenkroutinierten Leerformeln leider nicht.

Mindestens ebenso problematisch ist, dass unter dem Eindruck des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine die Sicht auf den deutsch-sowjetischen Krieg verstärkt geschichtspolitisch motivierten Deutungsmustern unterworfen wird, die auf den Versuch hinauslaufen, aus dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und ihre Bevölkerung eine Art Spezialkrieg gegen die Ukraine herauszudestillieren. Als Protagonist dieser Uminterpretationen tut sich vor allem Timothy Snyder, Autor des Welt-Bestsellers »Bloodlands«, hervor, der sie unter anderem öffentlichkeitswirksam in einem Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 13. April 2014⁶⁵ und in einem in der *Süddeutschen Zeitung* am 5. Mai 2014 veröffentlichten Gespräch vertreten hat. In Letzterem findet sich die folgende Behauptung: »In Deutschland gab es nie eine Anerkennung der Tatsache, dass die Ukraine das zentrale Ziel Hitlers war. Die Ukraine hat als eigene Kategorie deutscher Schuld und deutscher Aufarbeitung nie existiert und tut das bis heute nicht.«⁶⁶

Worauf sich Snyders Deutung der Ziele Hitlers stützt, bleibt unklar. Die zentralen Quellen für dessen Denken kommen jedenfalls nicht in

Betracht, denn weder in »Mein Kampf« noch im 1928 entstandenen sogenannten »Zweiten Buch«, in dem Hitler seine außenpolitischen Ansichten darlegte, taucht auch nur das Wort »Ukraine« auf.⁶⁷ Stets ist hier von »Russland« die Rede, was sich auf die Sowjetunion beziehungsweise das Zarenreich bezieht. Das war das Ziel der »klaren weit schauenden Raumpolitik«. ⁶⁸ (Nicht anders übrigens hielt es die SS mit ihren sowjetischen Gefangenen. Auf ihren KZ-Uniformen mussten sie einen roten Winkel mit einem großen, schwarzen »R« tragen und wurden pauschal, ob sie nun Russen, Ukrainer oder Weißrussen waren, als »Russen« bezeichnet.) Schwer erklärbar wären, träfe Snyders These zu, etwa auch die Schlacht vor Moskau, die Blockade Leningrads, der Vorstoß der Wehrmacht in den Kaukasus und die für das NS-Regime fatale Schlacht von Stalingrad.⁶⁹

Dass Snyders fragwürdige Interpretation des deutsch-sowjetischen Krieges und seiner erinnerungskulturellen Herausforderungen von bedeutenden deutschen Leitmedien unhinterfragt verbreitet wird und unwidersprochen geblieben ist, kann nur als ein weiteres Indiz dafür gewertet werden, dass es in Deutschland kein gefestigtes historisches Bewusstsein über diesen Krieg und seine Bedeutung für die Menschen in der damaligen Sowjetunion gibt. Da die Eroberung von »Lebensraum im Osten« zum Kernbestand von Hitlers Programmatik gehört, kann folglich auch nicht davon die Rede sein, es gebe hierzulande ein umfassendes historisches Bewusstsein über den Nationalsozialismus und eine umfassende Empathie für alle von ihm verfolgten Gruppen.

Erkennbar wird das insbesondere dort, wo der aktuelle Erinnerungshabitus noch nicht zur geläufigen Konvention geworden ist, also vor allem in der Provinz. Ein ganz frisches Beispiel liefert der Stadtrat von Rieneck im Main-Spessart-Kreis. Er hat zwar Anfang 2015 beschlossen, der Initiative für ein Mahnmal für fünf erschossene sowjetische Kriegsgefangene stattzugeben, doch das nur äußerst widerwillig. Zweimal war die Initiative zuvor abgelehnt worden – »aus Rücksicht auf möglicherweise noch lebende Täter und deren Nachkommen«, wie eine regionale Zeitung schrieb.⁷⁰ Am 29. März 1945 hatte der SA-Gruppenführer – dieser Dienstrang entspricht dem eines Generalleutnants – Hans Olpp einer Gruppe von Mitgliedern der Hitler-Jugend im Alter von etwa 15 Jahren befohlen, die Gefangenen zu erschießen, weil sie aus einem bombardierten Zug Lebensmittel entnommen hatten. Olpp war von Wehrmachtsoldaten und einer Krankenschwester aufgestachelt worden. Das Würzburger Schwurgericht verurteilte ihn am 23. August 1950 wegen Totschlags zu fünf Jahren Zuchthaus,⁷¹ er wurde aber wegen guter Leumundszeugnisse bereits im November desselben Jahres auf freien Fuß gesetzt und später begnadigt.⁷² Diesen glimpflichen Ausgang hatte